



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Geld zerstört die Welt

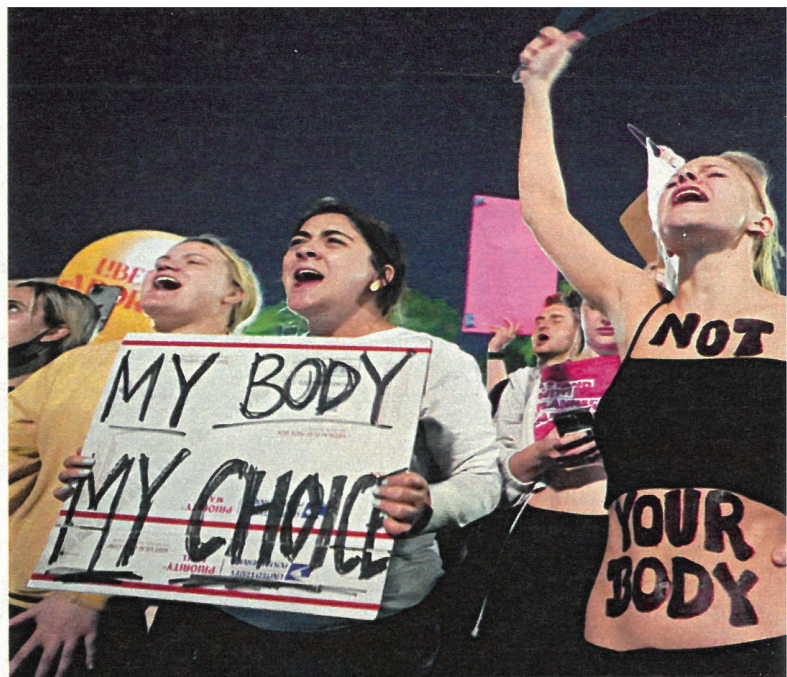
Der Satz „Geld regiert die Welt“ stimmt schon lange nicht mehr, wenn wir damit die Vorstellung verbinden, dass es eine Regierung wäre, die gerecht, sozial, umweltverbunden, weitblickend und verantwortungsvoll handelt. Das wären die Ziele, die jede Regierung verfolgen sollte, wenn sie dafür das Geld als Mittel verwendet und nicht als Zweck und Maßstab ihres Handelns, wie das seit Jahrzehnten der Fall ist.

Es ist die Umkehrung von Zweck und Mittel, die den raffinierten Vertretern der Finanzsysteme gelungen ist. Das Geld wird nicht zur Sicherung der Lebensgrundlagen und einer lebenswerten Zukunft der Menschheit verwendet, sondern für die irren Machtvorstellungen einer sogenannten Elite, die vor allem in den USA die fixe Idee hat, dass alles auf der Welt ihr Besitz ist, wie es Noam Chomsky klarsichtig formuliert.

Der Währungsfonds, eine von den Zielen her sinnvolle Organisation der Staaten, soll in Fragen der internationalen Währungspolitik zusammenarbeiten und gegenseitig finanzielle Hilfe zur Überwindung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten leisten, aber auch laut Satzung die Förderung des internationalen Handels und die Wechselkursstabilität sicherstellen. Wie immer schaut die Praxis leider anders aus und wird immer weniger von Demokratien, sondern der Diktatur der großen Finanzhaie bestimmt.

Die „Hilfe“ des IWF hat schon viele Staaten ruiniert, weil sie vor allem darin besteht, die staatlichen Einrichtungen und Besitze, also das was den Menschen gemeinsam gehört, zu privatisieren und damit den Finanzhaien auszuliefern. So auch in der Ukraine, wo die Regierung Selenskyj ein Gesetz beschließen musste, den riesigen staatlichen Agrarbesitz zu privatisieren, mit der Auflage, dass nur Ukrainer in kleinen Einheiten und zwei Jahre später auch Firmen beteiligt werden.

Man braucht keine Phantasie, dass Finanzfonds und Konzerne schon mit fetten Gewinnen rechnen und selbst die Wirtschaftskammer bei uns empfiehlt, in Agrarland der Ukraine zu investieren, weil man mit einer Steigerung auf 4.900 Euro pro Hektar (derzeit rund 1.000 Euro) rechnet. So schnell, wie die Ukrainer ihr Land verlieren, so schnell dürfen sie auf dem ihnen einst gehörenden Grund und Boden als billige Arbeitskräfte für die ausländischen Gewinne dienen.



„Mein Körper meine Entscheidung“

In den USA droht das landesweite Abtreibungsrecht zu fallen. Doch das Verbot des Schwangerschaftsabbruches ist gefährlich. Es

Amerika ist in Aufruhr. Tausende Frauen protestieren in den USA, seit bekannt ist, dass die Verfassungsrichter das Recht auf Abtreibung kippen wollen. „My Body, my Choice“ – „Mein Körper, meine Entscheidung“, steht auf den Plakaten der Frauen.

Es geht um das Grundgesetz-Urteil „Roe gegen Wade“ aus dem Jahr 1973. „Jane Roe“ war der anonymisierte Name der Frau, die gegen das damalige Gesetz in Texas klagte. Abtreibungen waren dort nur erlaubt, wenn die Gesundheit oder das Leben der Mutter gefährdet war. Henry Wade hieß der zuständige Bezirksstaatsanwalt, gegen den sich die Klage richtete.

Das Höchstgericht entschied zugunsten der Frau. Ein Schwangerschaftsabbruch war damit landesweit bis zur 24. Woche erlaubt.

Doch das Urteil ist umstritten. Verschiedene Bundesstaaten haben in den vergangenen Jahren versucht, Abtreibungen faktisch zu verbieten oder zu erschweren.

„Herzschlag-Gesetz“ gegen Abbruch

Der Gouverneur von Oklahoma hat erst Anfang Mai ein „Herzschlag-Gesetz“ unterschrieben. Abtreibungen sind verboten, sobald ein Arzt den Herzschlag des Fötus feststellen kann. Das ist üblicherweise nach sechs Wochen der Fall. Manche Frauen wissen zu dem Zeitpunkt aber noch nicht einmal, dass sie schwanger sind.

Gesetze wie dieses verstößen noch gegen die US-Verfassung. Aber jetzt ist ein Urteilsentwurf des Obersten Gerichtshofes durchgesickert, der das landesweite Recht